

## Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

**Sitzungstermin:** Dienstag, 07.12.2021  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:22 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Renken, Bernd

**SPD-Fraktion**  
Hemken, Harald  
Stomberg, Holger  
Strelow, Gregor  
Winter, Maria

**CDU-Fraktion**  
Hegewald, Reinhard  
Verlee, Gerold

**Gruppe GRÜNE feat. Urmel**  
Borchers, Sebastian

**FDP-Fraktion**  
Bolinus, Erich

**GfE-Fraktion**  
Janssen, Bernd

**Gruppe DIE FRAKTION**  
Luitjens, Stefan

**Verwaltungsvorstand**  
Jahnke, Horst  
Grendel, Volker

**von der Verwaltung**  
Behrens, Sebastian  
Sommer, Michael  
Willms, Artur  
Raveling, Heike

**Protokollführung**  
Bleeker, Sonja

## Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

### Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Renken** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 16.11.2021

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen vom 16.11.2021 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

TOP 5 3. Satzung zur Änderung der Entschädigungssatzung vom 15.12.2011  
Vorlage: 18/0127

**Herr Behrens** erläutert die o. g. Vorlage. Es sei ihm bewusst, dass die Fraktionen derzeit verschiedene Stellen der Entschädigungssatzung betrachten würden. Gleichwohl werde die Änderung mit Blick auf den anstehenden Jahreswechsel vorgeschlagen und als sinnvoll erachtet. Er erklärt, eine Verdoppelung des Höchstsatzes von 15,- auf 30,- Euro je Stunde sei nicht gleichbedeutend mit einer Verdoppelung der Aufwendungen insgesamt. Der tatsächlich anfallende Stundensatz werde individuell für das jeweilige Ratsmitglied abgerechnet. Hintergrund der Anpassung sei eine Wertschätzung gegenüber den Arbeitgeber\*innen, weil diese die Ratsmitglieder auch während der normalen Arbeitszeit freistellen würden.

**Herr Renken** bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

## Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

**Herr Verlee** begrüßt den Vorstoß der Verwaltung. Positiv sei, dass die Regelungen künftig individuell für einzelnen Ratsmitglieder griffen. Die Entschädigungssatzung sei bereits an einigen Stellen innerhalb der CDU-Fraktionen diskutiert worden. Auch aktuell sei seine Fraktion noch in den Beratungen. Vor diesem Hintergrund bittet er, die Vorlage zurück in die Fraktionen zu geben.

**Herr Bolinius** plädiere im Gegensatz zu Herrn Verlee dafür, einen Beschluss zu fassen. Er stellt klar, es handele sich um Entschädigungen für Arbeitgeber\*innen. Seitens der FDP-Fraktion signalisiert er Zustimmung.

**Frau Winter** teilt mit, die SPD-Fraktion habe die Vorlage beraten. Es sei richtig, die Entschädigung an die modernen Arbeitszeitmodelle anzupassen und die Verdienstausschädigung auf 30,- Euro für die Arbeitgeber\*innen zu erhöhen. Für diese Punkte könne sie seitens ihrer Fraktion Zustimmung signalisieren. Aktuell werde die Entschädigungssatzung jedoch mit den anderen Fraktionen verhandelt. Vor diesem Hintergrund wolle die SPD-Fraktion heute nicht über den Beschluss abstimmen.

**Herr Verlee** stellt klar, er beantrage Beratungsbedarf lediglich für seine Fraktion. Er bittet, diesem Vorschlag stattzugeben. Er erklärt, es handele sich nicht nur um Mitglieder des Rates, sondern um die Fraktionsarbeit.

**Herr Janssen** gibt an, die GfE-Fraktion gehe den Beratungsbedarf der SPD- und CDU-Fraktion mit. Allerdings werde seine Fraktion keiner Erhöhung zustimmen, weil dadurch der städtische Haushalt belastet würde.

**Herr Renken** weist darauf hin, sollte die Vorlage, aufgrund der Absicht, weitere Änderungen an der Entschädigungssatzung vorzunehmen, heute in die Fraktionen verwiesen werden, sei eine Abstimmung in der Ratssitzung am 16.12.2021 nicht mehr herbeizuführen. Folglich werde die Regelung erst später in Kraft treten. Er wisse nicht, ob dies gut sei. Schließlich sei von allen Seiten eine schnellstmögliche Anpassung gefordert worden. Zum weiteren Verfahren schlägt er deshalb vor, nach den Beratungen in den Fraktionen, zumindest für diesen Punkt in der nächsten Ratssitzung am 16.12.2021 einen Beschluss zu fassen. Die anderen Punkte könnten durchaus bis zur nächsten Ratssitzung in 2022 warten.

Alle Fraktionen stimmen dem Verfahrensvorschlag zu.

**Herr Renken** bedankt sich, dass die Fraktionen hinsichtlich des Verfahrens zu einer Einigung gekommen seien.

**Ergebnis:** Verweisung an die Fraktionen

TOP 6            Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2022  
Vorlage: 18/0126

**Herr Jahnke** erläutert einleitend, bereits im Vorfeld sei darauf hingewiesen worden, dass die Stadt aufgrund der Covid-19-Pandemie auf eine schwierige Haushaltssituation zulaufe. Trotz der schlechten Ergebnisse im Ergebnishaushalt seien dennoch Investitionsmaßnahmen umzusetzen bzw. fortzuführen. Der Ausbau weiterer Krippen- und Kitaplätze sei notwendig. Hohe Investitionsanforderungen würden im Rahmen des Ausbaus der Ganztagschulen erwartet. Ein weiteres Thema sei die Infrastruktur. Das Thema Innenstadtsanierung müsse fortgeführt und die Gewerbeansiedlung weiter verbessert werden. Er stellt klar, jede Investition bedeute neue Kreditaufnahmen. Diese würden sich am Ende in der Nettoneuverschuldung niederlegen.

## Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Er informiert, in den kommenden Wochen hätten die Fraktionen Zeit, den Haushalt zu diskutieren. Eine Haushaltskonsolidierung in Gänze vornehmen zu können halte er für illusorisch. Erste Einsparpotenziale würden dennoch aktuell vom FD Finanzen, Abgaben und Stadtkasse identifiziert. Anhand dieser Liste könnten dem Land erste beschlossene Sparmaßnahmen zur Verbesserung der Ergebnisse klar signalisiert werden.

Zur Ausgangssituation erläutert er, das vorläufige Jahresergebnis 2019 stelle sich besser dar, als ursprünglich prognostiziert. Das Minus betrage rund 1,73 Mio. Euro. Dies zeige, dass das Budget in 2019 auf einem guten Weg gewesen sei. Diese Verbesserung sei durch die seinerzeit getroffenen Konsolidierungsmaßnahmen möglich gewesen. Die Überschussrücklage werde Ende des Jahres 2019 rund 3,9 Mio. Euro betragen. Diese Summe hätte möglicherweise auch für eine Absicherung des Jahresergebnisses in 2020 gesorgt. Aufgrund der Corona-Pandemie liege die Prognose nach aktuellem Stand der Jahresabschlussarbeiten bei einem Minus von 22,1 Mio. Euro für das Jahr 2020. Die Prognose für das Jahresergebnis 2021 liege bei einem Minus von 16,9 Mio. Euro und sei gegenüber der Planung um 1,47 Mio. Euro besser. Er betont nochmals die insgesamt schlechte finanzielle Lage der Stadt.

Weitere Erläuterungen zum Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2022 teilt er anhand einer Power-Point-Präsentation mit. Diese Präsentation ist im Internet unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

Abschließend informiert er, der Haushalt werde in den Klausurtagungen noch intensiv besprochen. Die Einladungen lägen den Fraktionen vor. Anhand der ausführlichen Präsentation könnten die Fraktionen sich nunmehr beraten. Er kündigt die Einladung zur Haushaltsstrukturkommission an. Eine erste Liste mit Konsolidierungsmaßnahmen solle vorgelegt werden. Die heute vorgestellten Ergebnisse könnten damit, bis zur anvisierten Beschlussfassung im März, zumindest etwas verbessert werden.

**Herr Renken** bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

**Frau Winter** bedankt sich ebenfalls für die Vorstellung. Die aktuelle Finanzlage zeige ein „düsteres Bild“ und der Rat könne froh sein, dass „eine Stadt nicht pleitegehen könne“. Durch das Wegbuchten der Ergebnisse der Jahre 2020 bis 2023 werde den nachfolgenden Generationen ein Schuldenberg hinterlassen. Sie beklagt, Land und Bund würden den Kommunen immer mehr Aufgaben aufbürden, sich aber nicht an der Finanzierung beteiligen. Sie erkundigt sich diesbezüglich nach Möglichkeiten. Die Fortführung des Investitionsprogramms befürwortet sie. Sie fragt, wann die Haushaltsstrukturkommission ihre Arbeit aufnehme und der Haushalt beschlossen werde. **Herr Jahnke** antwortet, die Haushaltsstrukturkommission werde Anfang Januar mit der Arbeit beginnen. Der Haushalt werde im März beschlossen.

**Herr Hemken** unterstreicht, dass die Ergebnisse schwierig seien. Auch die Tatsache, dass das Land für die Jahre 2022 und 2023 auf ein Haushaltssicherungskonzept verzichten werde, sei für die Stadt nicht hilfreich. Die Summen müssten irgendwann wieder ausgeglichen werden. Er plädiere dafür, dass die Haushaltsstrukturkommission ihre Arbeit zügig aufnehme. Er macht auf den stetig steigenden Transferaufwand aufmerksam. Vor diesem Hintergrund habe die Stadt verstärkt Bauland ausgewiesen. Gehofft werde, dass sich dort finanzstarke Menschen ansiedeln würden, die der Stadt dann Steuereinkünfte bescherten. Er kommentiert die Themen bezahlbarer/sozialer und barrierefreier/-armer Wohnraum für Bürger\*innen in Emden. Seiner Ansicht nach werde beides benötigt. Deswegen sollten insbesondere in neuen Baugebieten bestimmte Vorgaben erfüllt werden.

## Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

**Herr Jahnke** stimmt dem Kommentar von Herrn Hemken zu und bemerkt, dass er dies genauso in seinen Ausführungen gemeint und auch gesagt habe. Die Themen bezahlbarer/sozialer und barrierefreier/-armer Wohnraum müssten differenziert betrachtet und in einem ausgewogenen Verhältnis umgesetzt werden. Er macht darauf aufmerksam, dass 9.000 bis 10.000 Menschen in Emden von Transferleistungen abhängig seien. Bei einer solch hohen Anzahl in einer Stadt mit rund 50.000 Einwohnern müsse darauf geachtet werden, dass das Verhältnis sich nicht noch weiter verschlechtert. Für ältere Menschen und für Menschen mit Teilhabeeinschränkungen seien Möglichkeiten zu schaffen. Diese sollten möglichst innenstadtnah sein. Das Ültje-Gelände, welches als Maßnahme im Rahmen der Umsetzung des Städtebauförderungsprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ (ehemals „Soziale Stadt“) entwickelt werde, weise zu einem gewissen Prozentsatz bezahlbaren/sozialen und barrierefreien/-armem Wohnraum auf.

**Herr Bolinius** bedankt sie für die Ausführungen. Er bemerkt, während seiner rund 40-jährigen Zeit als Mitglied im Finanzausschuss habe er so ein negatives Ergebnis bisher nicht erlebt. Bei einer Summe von rund 90 Mio. Euro Transferleistungen sehe er den Bau von vielen Sozialwohnungen kritisch, insbesondere die von einigen geforderte Überproportionalität von 40 % bis 50 %. Er befürchtet, dass dann aus anderen Gemeinden Bezieher von Transferleistungen angezogen würden. Die Schaffung von bezahlbaren/sozialen und barrierefreien/-armem Wohnraum für Emders Bürger befürwortet er.

Auch er plädiere dafür, die Ausgewogenheit im Blick zu behalten. Schwerpunkt sei die Reduzierung der Transferleistungen. Bedenken äußert er hinsichtlich der Möglichkeiten, weitere Einsparpotenziale zu identifizieren. Er erinnert, dass mit der Arbeit der Haushaltsstrukturkommission dem Land nur geringe Haushaltsverbesserungen gemeldet werden konnten. Dennoch gehe er den Weg mit, den Schuldenberg zu minimieren. Er stimmt Frau Winter zu, auch die nachfolgenden Generationen hätten noch mit dem Abbau der Schulden zu tun.

Weiter spricht er Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Städtebauförderungsprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ an. Er sei über die Dorferneuerung Widdelswehr und Petkum erfreut. Hier seien 100 Tsd. Euro enthalten. Für die kommenden Jahre sei jedoch keine Summe vorgesehen, darüber sei er enttäuscht. Er hoffe auf eine Nachbesserung. Die Bürger\*innen dieser Stadteile hätten eine Erwartung. Eine Aufnahme dieser Stadteile in das Programm sei vom Land zugesagt worden. Er bestehe deshalb darauf, dass das beschlossen werde.

**Herr Verlee** bemerkt, dass Politik Zuversicht ausstrahlen solle. Jedoch fehle auch ihm der Glaube und er blicke durchaus mit gewissen Ängsten in die Zukunft. Diese würden sich nicht nur auf Emden beziehen, sondern auch darüber hinaus. Er gehe von einer schwierigen Situation bei den Arbeitgeber\*innen und insgesamt weiteren Kostensteigerungen aus. Dass diese Faktoren schon im Haushalt einkalkuliert worden seien, bezweifelt er. Er vermutet, dass sehr viel Arbeit auf Rat und Verwaltung zukommen werde. Der Haushalt müsse permanent angepasst werden.

**Herr Strelow** sagt, es sei heute kein Tag der Freude. Die Corona-Pandemie habe nicht nur Emden, sondern auch andere Städte in eine schwierige Situation gebracht. Die Haushaltssicherung müsse in Angriff genommen werden. Er fragt, ob Herr Grendel für die Fachbereiche 500 und 600 in den nächsten Monaten Perspektiven hinsichtlich Synergien und Optimierungen erarbeiten könnte. Weiter möchte er wissen, ob die Stadt grundsätzlich dazu verpflichtet sei, die Haushaltskonsolidierung durchzuführen.

**Herr Jahnke** erklärt, für das Jahr 2022 könne vom Rat beschlossen werden, auf die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts zu verzichten. Die Erleichterungen im NKomVG sähen weiter vor, dass auch für das Jahr 2023 noch einmal auf die Aufstellung eines Haushaltssiche-

## Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

rungskonzeptes zum Abbau der Überschuldung verzichtet werden könne. Es sei jedoch zu befürchten, dass die Kommunalaufsicht, bei Betrachtung der mittelfristigen Finanzplanung und der Tatsache, dass die Netto-Position in der Substanz gefährdet sei, Auflagen anordnen werde. Aufgrund dessen plädiere er dafür, ein klares Signal an das Land zu senden. Aktuell würden von der Verwaltung Einsparpotenziale identifiziert. Von der Einbringung bis zur Beschlussfassung im März wünsche er sich ein erstes Maßnahmenpaket.

Er macht deutlich, dass der Zuschussbedarf für die Fachbereiche 500 und 600 zwischen 70 und 80 Mio. Euro liege. Die beiden Fachbereiche machen über zwei Drittel des Haushaltsvolumens aus. Vor diesem Hintergrund sei die Betrachtung der strategischen Prozesse sehr wichtig. Deswegen sei er ein Befürworter der vierten Stelle im Vorstand gewesen. Herr Stadtrat Grendel sei verantwortlich für die Koordination der Fachbereiche 500 und 600 und die strategische Ausrichtung der Verwaltung. In der Zusammenarbeit mit Herrn Grendel an der Spitze habe er Hoffnung, in diesen Bereichen etwas zu erreichen.

**Herr Grendel** führt zu dem von Herrn Strelow angesprochenen Prozess aus, dass dieser bereits begonnen habe. Schon mehrere Jahre arbeite er mit Herrn Thomas Sprengelmeyer eng zusammen. Gemeinsam seien schon erste Maßnahmen ergriffen worden. Er erklärt, dass der weitere Kita-Ausbau nicht nur Investitionskosten erfordere, sondern auch Personalkosten zur Folge habe. Daher seien in dieser Zeit Einsparungen nicht realisierbar. Vielmehr rechne er mit einem Kostenanstieg. Für mehr Synergien seien wichtige gesetzliche Regelungen notwendig. Auch sei die SGB VIII-Reform noch nicht oder nur rudimentär umgesetzt worden. Darauf warte die Verwaltung händeringend.

Pandemie-bedingt würden die Fachbereiche 500 und 600 besonders gefordert. In erster Front stehe die Bekämpfung der Pandemie und in zweiter Front die Schulen und Kitas, welche mit den eintretenden Veränderungen und Einschränkungen zu kämpfen hätten. Am Ende würden beide Fachbereiche auch durch weitere Auswirkungen der Pandemie belastet. Die aktuelle gesundheitliche Situation der Emdener Kinder und Jugendlichen in der Corona-Pandemie würden derzeit betrachtet. Es sei davon auszugehen, dass die Zahl der Transferleistungsbezieher in Emden noch steige. Zudem weist er auf die Pflichtaufgaben und bestehende Verträge hin. Er hoffe, über Synergien in den nächsten zwei bis zweieinhalb Jahren zumindest dieses Wachstum ein Stückweit einzudämmen. Dafür müsse er sich am Ende verantworten. Trotz deutlich steigender Aufwendungen sei im Fachbereich 500 das Defizit auf einem gleichen Maß gehalten worden. Sollte dieses auch zukünftig gelingen, sei schon viel erreicht. Für das nächste Jahr gebe es erste große Pläne, die er zu gegebener Zeit vorstellen möchte.

**Herr Strelow** erkundigt sich, wie viel Zeit die Kommunalaufsicht brauche, um den Haushalt zu genehmigen. Er sehe an dieser Stelle auch das Problem, dass geplante Investitionen bis dahin nicht zu tätigen seien. Er erinnert an das Konnexitätsprinzip, auf das der Deutsche Städtetag seit Jahren hinweise, d. h. wenn den Kommunen neue Aufgaben von Bund oder Land übertragen würden, müssten diese auch für den finanziellen Ausgleich sorgen. Er beklagt, dass dies seitens des Landes nicht eingehalten werde. Er regt eine Resolution des Rates an.

**Herr Jahnke** antwortet, innerhalb von drei Monaten sei eine Genehmigung möglich, d. h. im Juni nächsten Jahres.

Hinsichtlich der Investitionen sehe er zunächst keine Einschränkungen. Die Stadt Emden schiebe rund eine Jahres-Charge an Investitionen für verschiedene Maßnahmen in den Haushaltsresten vor sich her. Deswegen könnten Maßnahmen sukzessive umgesetzt werden. Dies gelte auch für die sozialen Stadtprogramme, weil diese weiter gefördert würden.

## Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Einen Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 wieder am Ende des nächsten Jahres zu beschließen, sei anzustreben. Den Kommunen sei dies auch so angezeigt worden. Wichtige Daten aus dem Finanzausgleich würden jedoch erst Ende November mitgeteilt. Der kurze Zeitrahmen sei schwierig einzuhalten. Viele Kommunen würden dies nicht schaffen. Er werde beim Niedersächsischen Städtetag nachfassen, ob eine andere Regelung möglich sei. Ob der Haushalt von der Kommunalaufsicht genehmigt werde, sei bei diesen Zahlen nicht klar. Er werde mit der Kommunalaufsicht in den Dialog gehen.

**Herr Janssen** findet es erschreckend, wie sich die Haushaltsplanung und die Verschuldung in den nächsten Jahren darstelle. Aufgrund der pandemischen Lage bezweifelt er, dass es in den kommenden Jahren höhere Gewerbesteuereinnahmen geben werde. Er sei davon überzeugt, dass die Transferleistungen in den nächsten Jahren massiv ansteigen. Die kommenden Generationen hätten die Lasten zu tragen. Die zukünftige Handlungsfähigkeit der Stadt stehe in Frage.

**Herr Renken** bedankt sich für die rege und sachliche Beteiligung an der heutigen Diskussion. Mit Blick auf die Zeit fragt er, ob der nächste Tagesordnungspunkt besprochen werden oder ob eine kurze Lüftungspause eingelegt werden solle.

Die Mitglieder des Ausschusses sind mit der Fortführung der Sitzung einverstanden.

**Ergebnis:** Verweisung an die Fraktionen

TOP 7           Aufhebung der Nachtabschaltung Straßenbeleuchtung Gewerbegebiete  
Vorlage: 18/0137

**Herr Verlee** begrüßt die Vorlage. Er erinnert, bereits damals habe die CDU-Fraktion gegen die Nachtabschaltung gestimmt. Seinerzeit habe es einen Eklat aufgrund vieler Einbrüche bei den dort ansässigen Firmen gegeben. Es sei bekannt, dass der Radverkehrsanteil sich in dem Gewerbegebiet erhöht habe.

**Frau Winter** erinnert, der Beschluss sei im Rahmen der Haushaltskonsolidierung im Jahr 2016 gefasst worden. Damals habe die Einsparsumme 10 Tsd. Euro betragen. Dies zeige auf, wie sorgsam im Jahr 2016 in der Haushaltsstrukturkommission gearbeitet worden sei, um die Verluste der Stadt zu minimieren. Das Gewerbegebiet habe sich weiterentwickelt und der Radverkehrsanteil habe zugenommen. Der SPD-Fraktion sei die Arbeitssicherheit der Arbeitnehmer\*innen wichtig. Sie signalisiert seitens ihrer Fraktion Zustimmung.

**Herr Bolinius** geht davon aus, dass die Vorlage im BEE-Ausschuss ausführlich behandelt worden sei. Er stimme den Argumenten von Frau Winter zu.

**Herr Renken** informiert abschließend, seiner Kenntnis nach sei die Vorlage im BEE-Ausschuss einstimmig beschlossen worden.

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung im Zeitraum von 23:00 Uhr bis 06:00 Uhr in den nachfolgenden Straßen in Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 03.03.2016 (Vorlagen-Nummer 16/2001/1) als jährliche Einsparmaßnahme mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Diese Regelung gilt für die folgenden Straßen:

- Benzstraße
- Butjadinger Straße

## Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

- Dithmarscher Straße
- Heinrich-Nordhoff-Straße
- Otto-Brenner-Straße
- Stedinger Straße
- Thüringer Straße
- Vierter Polderweg
- Württemberger Straße
- Zweiter Polderweg

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 9 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.